



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21891 - 33

Fernschreiber 0886890

P/XIV/75 - 3. April 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1

Ein erster Schritt
Zur Einführung der Fünf-Tage-Woche im Bergbau

44

2 - 3

10 Jahre NACG
Weder "Selbstzweck" noch "Tatü"

99

4 - 6

Das Kulturbkommen Bonn - Moskau
Warnung vor falschen Methoden
Von * * *

145

7 - 8

Huhrfestspiele
Ein Wagnis, das die Wagenden rührt

76

* * * *
* * *

Ein erster Schritt

Es - Es ist eine gute Sache, daß sich der gemeinsame Tarif-
ausschuß der Industriegewerkschaft Bergbau und des Unternehmens-
verbandes über einen Entwurf zur Neuregelung der Arbeitszeit im
Bergbau auf der Grundlage der Fünf-Tage-Woche einigen konnten.
Die Sozialdemokratie begrüßt diesen Schritt und gibt gleichzei-
tig der Hoffnung Ausdruck, er möge der Beginn grundsätzlicher Er-
örterungen über die notwendige umfassende Aktion zur Beseitigung
der Krise im Kohlenbergbau sein.

Zweifellos ist die jetzt erfolgte Einigung unmittelbar unter
dem Eindruck der Stimmung in der Bergarbeiterschaft entstanden,
wie sie vor einigen Wochen auf der großen Protestkundgebung der
IG-Bergbau in Bochum zum Ausdruck gekommen war. Es muß aber ge-
rade in diesem Zusammenhang gesagt werden, daß die IG-Bergbau
bereits im Jahre 1953 (!) in richtiger Einschätzung der zu erwar-
tenden Veränderungen im Kohlenbergbau - um nicht zu sagen Kri-
senerscheinungen - die Einführung der Fünf-Tage-Woche angeregt
hatte. Damals fand diese Anregung ein nur schwaches Echo. 1956
setzte die Gewerkschaft zum zweiten Mal an, um den Unternehmens-
verband zu einer Diskussion über dieses Problem an den Verhand-
lungstisch zu bekommen. Wiederum war dieser Versuch vergeblich.

Erst jetzt, da sich zeigt, daß die von der Bundesregierung
und auch von Arbeitgeberseite angewandten Methoden zur Lockerung
der Krise unzulänglich sind, hat man sich dazu entschlossen, den
Ratschlägen der IG-Bergbau zu folgen. Sechs kostbare Jahre sind
also vergangen, in denen man manchens bei richtiger Einschätzung
der Situation hätte vermeiden können, was in den letzten Monaten
zu einer begreiflichen Unruhe nicht nur in der Bergbauarbeiter-
schaft sondern auch in der gesamten deutschen Wirtschaft führen
mußte.

Wenn die Delegierten-Versammlung der IG-Bergbau der Empfeh-
lung ihres Vorsitzenden Gutermuth und ihrer Tarifkommission folgt,
ist eine Etappe erreicht, von der aus weitere Überlegungen zur Be-
hebung der Krise im Bergbau angestellt werden können. Denn die
Verkürzung der Arbeitszeit allein dürfte nicht ausreichen, um das
Gesamtproblem lösen zu können. Im Hintergrund stehen nach wie vor
die großen strukturellen Veränderungen, die sich auf dem Gebiet
der gesamten Energie-Erzeugung abzeichnen.

Es wird also notwendig sein, weit vorausschauend diejenigen
Maßnahmen zu treffen, die geeignet sein können, in Erkenntnis eben
dieser zu erwartenden Strukturveränderungen möglichen neuen Kri-
senerscheinungen vorzubeugen. Die jüngste Vergangenheit sollte al-
len Beteiligten zur Lehre dienen, daß man nicht erst im letzten
Augenblick Entscheidungen trifft, deren Verwirklichung heute schon
in Angriff genommen werden mußte.

10 Jahre NATO

sp - Die NATO (North Atlantic Treaty Organization), die heute aus 15 Staaten Westeuropas und Nordamerika bestehende Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft, begeht mit allem militärischen Pomp und Prunk, dessen die heute so nüchtern-zweckmäßig uniformierten Streitkräfte des Atomzeitalters noch fähig sind, ihren zehnjährigen Gründungstag. Die Monstreparaden zur Erde und zur Luft, mit denen das westliche Gegenstück zum Warschauer Pakt aufwartet, können - und wollen das wohl auch kaum! - nicht darüber hinwegtäuschen, daß das politische und militärische Klima trotz der endlich erreichten Übereinstimmung der vier Großmächte, ihre Außenminister am 11. Mai in Genf zu friedenserhaltenden Runden-Tisch-Gesprächen zu schicken, so kühl ist, daß man fern von jeder Dramatisierung nicht alle Befürchtungen einfach beiseite schieben kann und darf. West und Ost stehen sich im europäischen Raum in einer Krise gegenüber, wie sie hier seit der düsteren Blockadetagen von 1948 nicht mehr erlebt worden ist. Die Frage, ob und wie dabei die NATO zur selbstverständlich friedlichen Lösung dieser Krise weiterzuhelfen vermag, stellt sich angesichts ihres Zehn-Jahre-Jubiläums in besonderer Nachdrücklichkeit.

Der Ausgangspunkt des Vertrages vom 4. April 1949 war die aus der damaligen internationalen Situation geborene Bereitschaft von zunächst 12 Weststaaten, ihre Position "gegenüber dem sowjetischen Expansionsdrang" zu halten und zu verteidigen. Die zweifellos erregendste und folgenschwerste Erweiterung der NATO war der Beitritt des westlichen deutschen Teilstaates im Mai 1955. Es ist müßig, hier nachzuzeichnen, unter welchen Umständen und gegen welche inneren und äußeren Widerstände dieser westdeutsche Beitritt zur NATO erfolgt ist. Er ist ein fast vierjähriges Faktum, über dessen Bewertung allerdings die Geister heute noch geschieden sind. Die SPD hat sich dieser NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik bis zur letzten Minute widersetzt, und sie kann auch heute noch nicht sehen, daß man den politischen Sinn dieses Unternehmens auch nur um Haarsbreite nähergekommen wäre. Die Rechnung, die in einer "Politik der Stärke", d.h. der Unterstützung politischer Anliegen durch Divisionen, Geschütze und Bombenflugzeuge, einen Weg zur Verwirklichung der Wiedervereinigung sehen wollte, ist ohne den sowjetischen Gegenspieler gemacht worden. Die "Politik der Stärke" hat sich in dieser ihrer angeblich vorrangigen politischen Zielsetzung in einen verminten Sackgraben verrannt.

- Bleibt die Sicherheitsfrage, die von der SPD entgegen allen törichten und zu oft auch nur demagogischen Behauptungen der CDU und ihres Kanzlers höchst ernst genommen wird. Die SPD ist kein versponnener Weltverbessererhaufen, der sich in einer leider Gottes immer noch waffenstarreren Welt in einer isolierten und nekulosen Fazilismus verlieren würde. Aber zwischen einem, der realpolitischen Möglichkeiten entsprechender Verteidigungswillen und dem Kopfsturz in den Malstrom eines atomaren Wettrüstungs-Wahnsinns liegen bis heute nicht genutzte politische Möglichkeiten. Die SPD meint es nämlich auch mit ihrem Willen zur Abrüstung so ernst, daß sie sich nicht erlaubt, ihre Entschlossenheit, den weiteren Marsch in das Rüstungschaos mit allen Mitteln zunächst einmal

3. April 1959

abzustoßen, "aufweichen" zu lassen. Die SPD hat aus ihrem Willen und ihrer Entschlossenheit auch die nun einmal notwendigen Konsequenzen gezogen, und in ihrem Deutschlandplan konkrete Massnahmen und Schritte vorgeschlagen, um - der heutigen prekären Lage entsprechend - in Etappen oder Stufen den Ruf nach Abrüstung, der leider zu oft nur platonisch klingt und wirkt, endlich Wirklichkeit werden zu lassen. Dass diesem, dem berechtigten Sicherheitsbedürfnis des deutschen Volkes - und mit ihm der ersten Teilnehmervölker der mitteleuropäischen Entspannungszone - mit allen vernünftigen Mitteln entsprochen werden soll und muss, steht ausser Frage; das kann man auch im Deutschlandplan nachlesen, wenn man lesen will.

In dieser Zeit aber, in der die seit 1945 aufgerichteten "Tabus" die Rührmichnichtans, fast reihenweise zertrümmert und aus dem Wege geräumt werden, kann es nicht ausbleiben, dass auch militärische "Tabus" angegriffen werden, wenn sie zu Hindernissen geworden sein sollten oder wenigstens drohen, solche Hindernisse zu werden. Die SPD ist keine Maschinen- und Bilderstürmer-Partei. Sie hat - im Gegensatz zu den Lieblingsmärchen des Konrad Adenauer - niemals verlangt, dass die Bundesrepublik den von ihr unterschriebenen NATO-Vertrag zerreißen und ihn nach Diktatorenart mit Füssen treten sollte. Der Weg aus der NATO heraus war immer erst einem Augenblick vorbehalten, in dem das bessere, West- und Oststaaten umschliessende Europäische Sicherheitssystem in Kraft getreten sein würde. Diesen Standpunkt hat die SPD von Anfang an vertreten, und er gilt auch heute noch unverändert, wie man wiederum im Deutschland-Plan nachlesen kann.

Die SPD weigert sich aber mit guten Gründen jeder Art, die NATO zu einem "Tabu" erstarren zu lassen, das zum Selbstzweck wird und den Weg nach vorn versperrt. Gewisse Generale gefallen sich zur Zeit darin, in völliger Verkennung ihrer Aufgaben politische Erklärungen über die NATO abzugeben, die nicht wieder zu hören und zu lesen sein sollten. Die NATO ist auch nach dem Willen und dem Wort ihrer Gründer und Mitglieder nur ein Zweckverband auf Zeit, der aufgelöst oder abgelöst werden kann und soll, wenn Umstände eintreten, die eine solche Massnahme als nötig und vernünftig erscheinen lassen. Generale, die sich in Visionen über einen Generationen-Zeiträume umfassenden Weiterbau der NATO verlieren, lassen in bedenklichem Masse die für ihren Beruf unabdingbar erforderliche Nüchternheit und Sachlichkeit ihres Urteils vermissen.

Weder "Selbstzweck" noch "Tabu": Wenn die NATO und die sie bestimmenden politischen und militärischen Kräfte ihre Aufgabe unter dieses Leitwort setzen und ihre Arbeit in diesen Grenzen fortführen, dann bekommt der 4. April 1959 von selbst seine richtige Bedeutung. Wenn die politischen und militärischen Führer der NATO aber den entgegengesetzten Weg gehen und sich hinter einem "Tabu" verbarrikadieren, dann wäre der Marsch in das Chaos des Westtrüstens unaufhaltsam geworden. Dann müssten wir nicht nur auch den letzten Gedanken an Wiedervereinigung begraben, dann müssten wir es in zwei oder drei Jahren auch erleben, dass aus der zur Staatsgrenze gewordenen Zonenlinie zwischen West- und Mittelddeutschland mit Atomwaffen hochgerüstete Truppen auch deutscher Nationalität einander in starrer Feindschaft gegenüberstehen. Dann kann von Sicherheit überhaupt nicht mehr die Rede sein. Dann liegt das Schicksal unserer Zeit und unserer Welt nur noch in der Hand des blinden Zufalls.

Das Kulturabkommen Bonn - Moskau

Von * * *

Vor wenigen Tagen sind die Verhandlungen über das Kulturabkommen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjet-Union in Bonn zum erfolgreichen Abschluß gekommen. Nach der Unterzeichnung durch die Regierungen wird es in Kraft treten. Das bedeutet grünes Licht für den Kunst- und Sportaustausch, für die Reisen von Fachleuten der Wissenschaft und Erziehung, für den Jugend- und Hochschulaustausch und für Konferenzen und Tagungen vielfältiger Art, von der Landwirtschaft bis zum Bibliothekswesen. Die ganze Breite des Kulturaustausches gewinnt hier also die staatliche Anerkennung und Unterstützung, ein Kulturaustausch, der auch von unseren Regierungsstellen und der öffentlichen Meinung bisher überwiegend als verächtlich, halbverboten und beinahe staatsgefährdend angesehen wurde.

Verhandlungen im Schatten der Ost-West-Spannung

Die Verhandlungen über das Abkommen standen in den letzten Monaten im doppelten Sinne unter dem Schatten der Berlin-Krise. Die westdeutsche Öffentlichkeit nahm die Verhandlungen und den Abschluß des Abkommens kommentarlos zur Kenntnis. Zeitungen und Rundfunk notierten das Ereignis nur am Rande neben Gipfeltreffen und Disengagement. Es war sicherlich nicht leicht, angesichts der erneuten Bedrohung Berlins mit eben der Macht über den Austausch von Kunst, Sport und Wissenschaft zu verhandeln, von der diese Bedrohung unmittelbar ausging. Daß diese Verhandlungen trotzdem zum Erfolg führten, läßt einen auf die allmählich durchbrechende Einsicht hoffen, daß der Rüstungswettlauf um jeden Preis unsere Völker nur erneut in den Abgrund stürzen kann.

Nur "ein Mittel der Politik" ?

Doch diese Hoffnung bleibt nicht ungetrübt, wenn man die im Bonner Auswärtigen Amt entwickelten Vorstellungen zum Kulturabkommen kritisch untersucht. Es wird von Zentralisierung und Steuerung des Austauschs im Auswärtigen Amt, von Vorbereitungskursen mit sehr kurzzeitigen Rezepten eines primitiven Antikommunismus und von einer staatlich kontrollierten, nach regierungspolitiktreuer Haltung vorgenommenen Auswahl der deutschen Austauschpartner gesprochen. Der Bonner Kulturdiplomatie, für die nach des Außenministers von Brentanos Worten die Kulturbeziehungen nur "ein Mittel der Politik" sind, könnte es leicht einfallen, den Austausch mit der Sowjet-Union ungefragt zu einer "Politik der kulturellen Stärke" zu entwickeln. Das Prinzip der Subsidiarität staatlicher Maßnahmen ist für viele Gebiete der Kulturpolitik, vor allem des Bildungs- und Erziehungswesens, anerkannt. Nur für die immer spürbarer werdenden Eingriffe der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes gilt es offensichtlich nicht. Das bedeutet praktisch, daß der Kulturaustausch mit der Sowjet-Union den schnell wechselnden, rein außenpolitisch und militärstrategisch bestimmten Zielen der Bundesregierung unterworfen werden kann und soll. Daß die Vorbereitungen und Verhandlungen für das Abkommen als ausgesprochene Geheimdiplomatie unter Ausschluß der fachlich interessierten Öffentlichkeit vor sich gingen, muß schon auf Protest stoßen.

Auswärtiges Amt als Hüter demokratischer Tugenden

Nach der Auffassung in einem demokratischen Rechtsstaat sind die Bereiche der Kultur und Bildung erst in zweiter Linie eine Sache des Staates, in erster Linie eine Angelegenheit der Bürger. Wenn es dem Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier und den Regierungsparteien ernst ist um die Besorgnis über die Ausdehnung des Verwaltungsstaates und der Staatsallmacht, dann muß der Grundsatz der Eigeninitiative und der Freiheit des Staatsbürgers und seiner Zusammenschlüsse ungeteilte Anwendung finden. Wenn wir aber in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus Formen der absoluten Staatsmacht zu übernehmen beginnen, dann haben wir diese Auseinandersetzung von vornherein verloren. Die Belange unseres Staates als eines freiheitlichen Gemeinwesens mit Parteien verschiedener Auffassungen zu wahren, dazu sind die Staatsbürger und die vielen Kulturorganisationen bei uns auch reif genug, wenn es um einen Austausch mit der Sowjet-Union geht. Das Kulturabkommen sollte als subsidiäre Maßnahme nur einen Rahmen und die notwendige staatliche Hilfe schaffen. Daß sich aber ausgerechnet das Auswärtige Amt dann auch noch zum Hüter über die demokratischen Tugenden unserer Bürger machen will, paßt nur schlecht in die Landschaft.

Die eigentliche Aufgabe

Gerade der Kulturaustausch mit der Sowjet-Union gibt uns die Chance, kommentarlos und lebendig unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung zu demonstrieren. Diese Chance wird uns mehr Vertrauen gewinnen und Wirkungen erzielen lassen als Patentrezepte eines billigen Antikommunismus, die im ideologischen Clinch zwischen unverbesserlichen Ostlandreitern und verbohrtten Kommunisten entwickelt wurden. Wir dürfen nicht im kulturellen Bereich, z.B. an unseren Hochschulen, jeden Blick für die geistige Entwicklung und jede Kenntnis des Selbstverständnisses der Völker in Osteuropa verlieren. Das würde sonst eine gefährliche Verödung unseres eigenen kulturellen Lebens bedeuten. Uns muß es darauf ankommen, zunächst die geistige, wissenschaftliche, künstlerische und soziale Entwicklung in der Sowjet-Union ganz nüchtern zu erkennen und zu beurteilen. Vielleicht werden wir dabei manche uns unliebsamen politischen Gegebenheiten als unabänderlich anerkennen müssen. Wir sollten auch schleunigst Fachleute ausbilden, die die Entwicklung in der Sowjet-Union real und aus eigener Anschauung einschätzen können, denn an solchen Fachleuten fehlt es in der Wirtschaft und Politik ganz dringend. Schließlich gibt es auch in der Sowjet-Union genug Dinge, die für uns wissenswert sind, und von denen wir lernen können. Es sei nur an den Stand technischer Entwicklungen oder an die kürzlich gesetzlich festgelegte Bildungsreform erinnert, ohne daß alles gleich Vorbild für uns zu sein braucht. All diese könnten Ziele eines von uns richtig verstandenen Kulturaustausches sein.

"Politische Mission" ?

Sicher sind die harten Auseinandersetzungen mit der Sowjet-Union nicht spurlos an uns vorübergegangen, die Bundesrepublik ist durch das Wiedervereinigungsproblem in einer anderen Lage als jedes andere westliche Land. Daß trotz des deutlichen politischen Gegensatzes in Grundsatzen eine Verständigung möglich sein muß, ist ein Gedanke, an den

3. April 1959

wir uns im Hinblick auf die zweigeteilte Welt und auf die Atomrüstung werden gewöhnen müssen. Das gilt jedenfalls, wenn wir die selbstmörderische Drohung mit einer sich steigenden Atomrüstung nicht fortsetzen wollen. Beim Kulturaustausch mit der Sowjet-Union geht es um internationale Beziehungen, für die ganz andere Maßstäbe anzulegen sind, als für unser Verhältnis zu Mitteleuropa. Wir werden das Prinzip der Nichteinmischung in innerstaatliche Fragen ernst nehmen müssen, wenn wir uns zu Recht gegen jeden Versuch der sowjetischen Austauschpartner wehren wollen, kommunistische Propaganda in unserem Land zu betreiben. Wenn der Versuch durch die Bundesregierung unternommen wird, mittels des Kulturaustausches "politische Mission" in Moskau zu betreiben, dann wird unsere Staatsverwaltung einfach nicht den sachlichen Bedürfnissen internationaler Kulturbeziehungen gerecht. Daß in jedem Fall Forderungen nach Freiheit und Gerechtigkeit und nach der Anerkennung unserer demokratischen Staatsverfassung durch den sowjetischen Partner unabdingbar sind, versteht sich dagegen von selbst.

Am Beispiel der USA

Die USA haben im Januar 1958 ein Kulturabkommen mit der Sowjet-Union abgeschlossen, das für die ersten 18 Monate einen Austausch von 500 Personen des kulturellen und wissenschaftlichen Lebens vorsah. Präsident Eisenhower und Vizepräsident Nixon setzten sich seit Jahren lebhaft für den Kulturaustausch mit der SU ein. Die Verhandlungen und ersten Austauschprojekte waren von einer lebhaften öffentlichen Diskussion begleitet. Die amerikanische Regierung, die gerade den Wissenschaftsaustausch lebhaft befürwortete, verzichtete erklärtermaßen auf jede Einflussnahme bei der Verwirklichung des Austausches. Nixon befürwortete bereits am 7. Juni 1956 in einer Erklärung vor dem Lafayette College, "daß sich unsere Völker auf einer breiten Basis kennen lernen, Ideen austauschen, Möglichkeiten zum Vergleich der verschiedenen Lebensweise finden." Will ausgerechnet die Bundesregierung mit Mitteln der Geheimdiplomatie eine Politik "kultureller Stärke" verfechten?

Die Wirtschaft macht es anders

Daß sich die westdeutsche Wirtschaft das Konzept eines lebhaften Handelsverkehrs mit den Ostblockstaaten auch im Kalten Krieg nicht hat verderben lassen, kann sehr wohl als Argument dafür dienen, daß nicht alle Ostbeziehungen in der Bundesrepublik der Politik der Bundesregierung blind zu folgen haben. Der Ostaustausch des Bundesverbandes der Deutschen Industrie hat sich vom Auswärtigen Amt nicht sehr viel einreden lassen, ohne auch nur in den Schatten des Verdachtes als fellow-traveller zu kommen. Stahl und Maschinen in die Sowjet-Union zu verkaufen, ist politisch so bedeutsam wie Professoren, Studenten, Sportler und Künstler mit Moskau auszutauschen. Beides ist notwendig, wenn wir nicht in kommerziellen und geistigen Provinzialismus verfallen wollen.

Die Regierungen mögen indessen bessere Wege für allgemeine politische Vereinbarungen suchen. In der Sowjet-Union ist sicherlich jede Lebensäußerung staatlich kontrolliert und politischen Zwecken unterstellt. Dieses als Argument für das gleiche Vorgehen bei uns zu nehmen, kann nur Bedenken hervorrufen. Wer sich an einen Kessel reibt, wird raßig, sagt man. Doch von einem diktatorischen Staat so kritiklos Formen bei uns zu übernehmen, zeugt von sehr wenig Selbstbewußtsein oder von überwundenen Erinnerungen an die Wilhelmstraßenzeit.

Ruhrfestspiele -

Ein Wagnis, das die Wagenden rührt

Als im Jahre 1946 die Koks ihr hochläufiges Antlitz über Deutschland erhoben hatte, als das Wort "Karbonen" zum Inbegriff des Lebens geworden war, als Schwarzhandel, Hamstern und "Organisieren" die Schlagworte waren, deren Sinn selbst die Schulkinder schon verstanden, wurde in Recklinghausen der Grundstein für die Ruhrfestspiele gelegt. Den Arbeitern und Betriebsräten der Zeche "Ewald-König/Ludwig" war damals allerdings nicht bewußt, welche Auswirkungen ihre schöne solidarische Tat, Koks für das Hamburger Staatstheater zu "organisieren", haben würde. Im Sommer 1947 kamen die Hamburger Schauspieler nach Recklinghausen und statteten ihren Dank ab: Sie spielten vor den Arbeitern.

Der Erfolg war verblüffend. Die Arbeiter rissen sich nicht nur um die Karten für die Vorstellungen, sondern auch darum, Schauspieler bei sich aufzunehmen, denn Hotels gab es nicht. Für die Verpflegung und Unterbringung der Theaterleute hatten die Stadtverwaltung von Recklinghausen und der DGB gemeinsam gesorgt. Das war eine nicht geringe Aufgabe, da es an allem mangelte.

Aber schon nach dieser ersten Berührung zwischen Kulturschaffenden und Arbeitern des Ruhrgebiets wurde den verantwortlichen Gewerkschaftern und den führenden Männern der Stadt Recklinghausen klar, daß sich hier etwas zu entwickeln begann, das zum Leben drängte, und sie beschloßen, die Sache im nächsten Jahr zu wiederholen. So wurden die Ruhrfestspiele geboren.

Viele Namen wären zu nennen, die an der Gestaltung und Entwicklung der Ruhrfestspiele in Recklinghausen maßgeblich beteiligt waren und sind. Hans Böckler, der erste Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, erkannte schon im Jahre 1949 die große Aufgabe der Ruhrfestspiele:

"Alle Wesen streben zum Lichte. Wissen, Bildung und Kultur sind Licht für den Menschen. Verkümmert das Streben des Menschen nach ihm, so verkümmert das menschliche Leben selbst, und die Folge ist ein Nachlassen der Spannkraft auf allen Lebensgebieten. Darum fordert gerade die Gegenwart mit ihrem Übermaß an wirtschaftlichen und sozialen Nöten kulturelle Aktivität zur endgültigen Überwindung der geistigen und seelischen Depression unseres Volkes. Die Ruhrfestspiele sind ein Symbol des gewerkschaftlichen Kulturwillens. Sie sind ein Zeichen der Entschlossenheit, den Anspruch aller Schaffenden auf ein kulturelles, menschenwürdiges Dasein auch unter widrigen materiellen Zeitumständen entschieden zu behaupten."

Wie sehr sich diese Worte Hans Böcklers bewahrheiteten, hat die Entwicklung der Ruhrfestspiele in den vergangenen 12 Jahren gezeigt. Die ursprünglich reine Bühnenschauspielerei wurde 1950 durch Kunstausstellungen, Bücher-schauen, Filmvorfürungen und Diskussionen über geisteswissenschaftliche Probleme zu den "Ruhrfestspielen" von heute erweitert.

Die Anteilnahme der Bevölkerung des Ruhrgebiets an den Ruhrfestspielen blieb ständig. Es gab in den letzten Jahren nie genug Karten, und viele mußten sich auf einen Besuch der Ruhrfestspiele im nächsten Jahr vertrösten lassen.

Jetzt sollen die Ruhrfestspiele in Recklinghausen endlich eine würdige Heimstätte erhalten. Im Stadtpark von Recklinghausen wird in drei Jahren das Festspielhaus stehen. Mit den Bauarbeiten wird noch in diesem Jahr begonnen. Alle, denen das Wort "Kultur" nicht nur ein Wort unter vielen ist, tragen mit dazu bei, daß dieses Haus entsteht. 14,5 Millionen DM wird dieser Bau kosten. 11 Millionen DM werden von der öffentlichen Hand, also von der Stadt Recklinghausen, dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Bund gegeben. 3,5 Millionen DM müssen noch aufgebracht werden.

Aber die Verantwortlichen für die Ruhrfestspiele, allen voran Otto Burmeister, der Leiter der Ruhrfestspiele, sind nicht bange um die Beschaffung der Restsumme. Nicht nur die Arbeiter der Zeche Ewald-König/Ludwig, die den Anstoß zu den Ruhrfestspielen gaben, haben trotz Peierschichten Geld für das neue Festspielhaus gespendet. Auch die Arbeiter der Hoesch-AG haben sich verpflichtet, eine D-Mark pro Mann zu spenden, die Arbeiter der Zeche "Gottesseggen" geben 1000 DM, und täglich laufen größere und kleinere Spenden auf dem "Konto für den Bau des Festspielhauses" bei der Stadtparkasse Recklinghausen ein.

Die Stadtverwaltung Recklinghausen unterstützt den Bau des Festspielhauses in großzügigster Weise. Sie hat den Bauplatz zur Verfügung gestellt, gibt rund 3 Millionen DM zum Bau und übernimmt auch die Verpflichtung, das Festspielhaus zu unterhalten.

Und so wird in Jahre 1961 das neue Haus stehen. In diesen Tagen wurde das "Kuratorium der Freunde der Ruhrfestspiele" gegründet. Die Aufgabe dieses Kuratoriums wird es sein, den Bau des neuen Festspielhauses zu garantieren. Den Geist der Ruhrfestspiele lebendig zu halten, bleibt die Aufgabe aller, die guten Willens sind.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel